

Schreiben von Modrow und Staatsekretär Halbritter an die Beauftragten des Ministerrates zur Vernichtung von Unterlagen

Am 4. und 5. Dezember 1989 besetzten mutige Bürgerinnen und Bürger etliche Bezirks- und Kreisämter des neu gegründeten Amts für Nationale Sicherheit. "Beauftragte des Ministerrats" sollten die Lage in den Bezirkshauptstädten beruhigen und waren angewiesen, die während der Besetzung unterbrochene Aktenvernichtung wieder voranzutreiben.

Mit der Wahl einer neuen Regierung durch die Volkskammer der DDR am 17. November 1989 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt. Das Amt verstand nun nicht mehr direkt der SED-Führung, sondern dem Ministerpräsidenten. Dem AfNS unterstellt waren die Bezirks- und Kreisämter, ehemals Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS.

Nur wenige Tage nach dieser Zäsur, am 4. und 5. Dezember 1989, verschafften sich mutige Bürgerinnen und Bürger, angeführt von Mitgliedern der Bürgerbewegung, Zugang zu den Bezirks- und etlichen Kreisämtern in der gesamten DDR. Die Protagonisten forderten, die Aktenvernichtung zu unterbinden und die Archive der Stasi zu versiegeln. Sie wollten Einsicht in die Heizanlagen, in die Aschetonnen sowie in die Kofferräume der Pkws und Aktentaschen der Mitarbeiter der Geheimpolizei haben. Hintergrund waren Gerüchte über die Vernichtung von Unterlagen der Staats sicherheit, die sich bestätigten.

In die Bezirkshauptstädte wurden nun "Beauftragte des Ministerrates" entsandt, die dazu beitragen sollten, die Lage zu beruhigen. Diese erhielten aus Berlin eine Anweisung, wie ein zentrales Problem gelöst werden sollte: die Vernichtung von Unterlagen, die während der Besetzungen gestoppt worden war. In dem Fernschreiben, das von dem Vorsitzenden des Ministerrats, Hans Modrow, und dem zuständigen Staatssekretär Walter Halbritter unterzeichnet war, wurde unter bestimmten Voraussetzungen die Erlaubnis erteilt, mit der Aktenvernichtung fortzufahren.

In dem vorliegenden von Halbritter entworfenen Schreiben wird konstatiert, dass "die Regierung ... das unberechtigte Sammeln von Informationen durch das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit" verurteilt. Verlangt wird, "die unberechtigt angelegten Dokumente unverzüglich zu vernichten". Das sollte allerdings nicht geheim erfolgen, sondern "unter Aufsicht von Beauftragten der Regierung, der örtlichen Staats- und Rechtpflegeorganen und gegebenenfalls Vertretern der Öffentlichkeit".

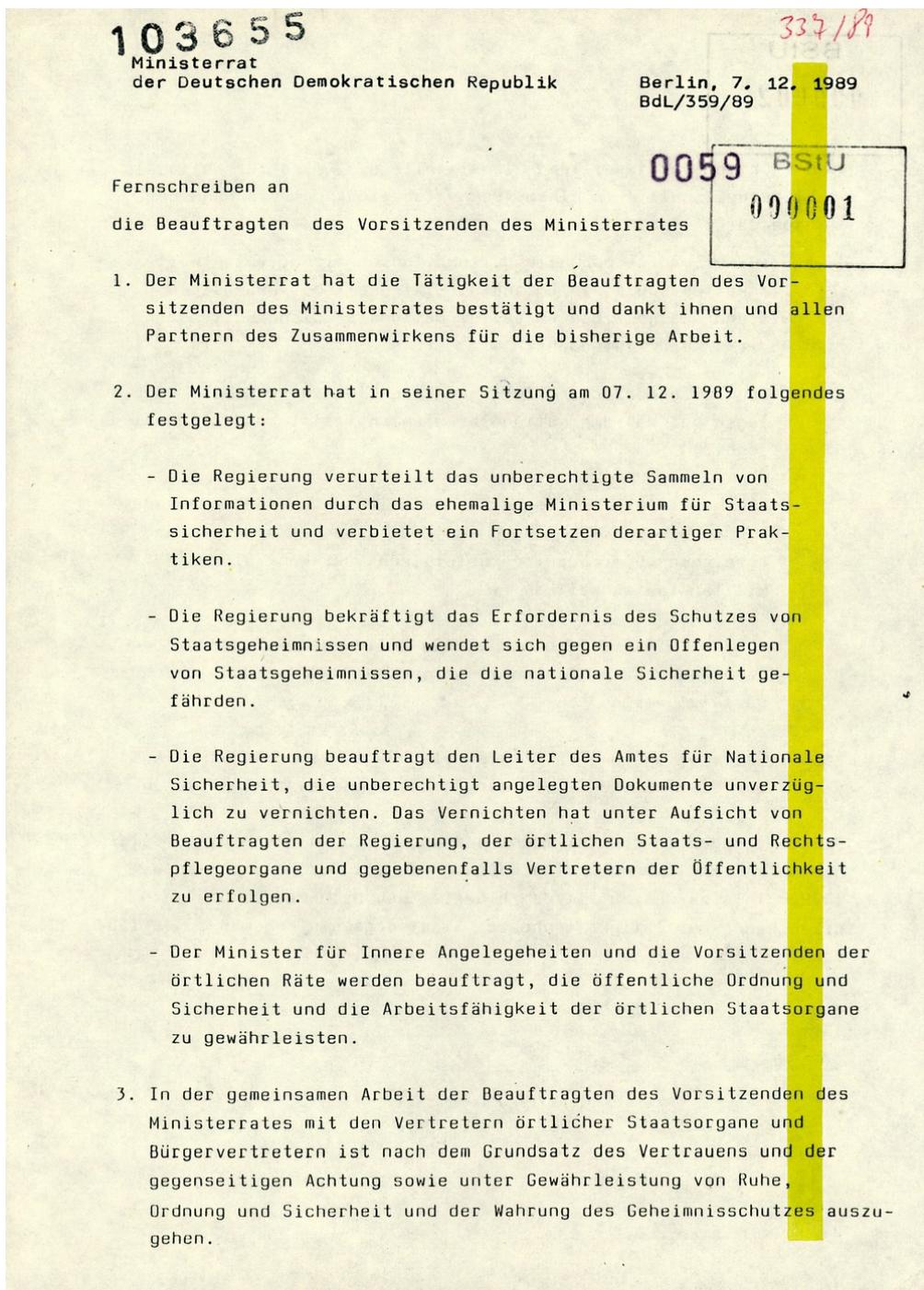
Bereits am nächsten Tag wurde diese Anweisung wieder aufgehoben.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8977, Bl. 1-2

Metadaten

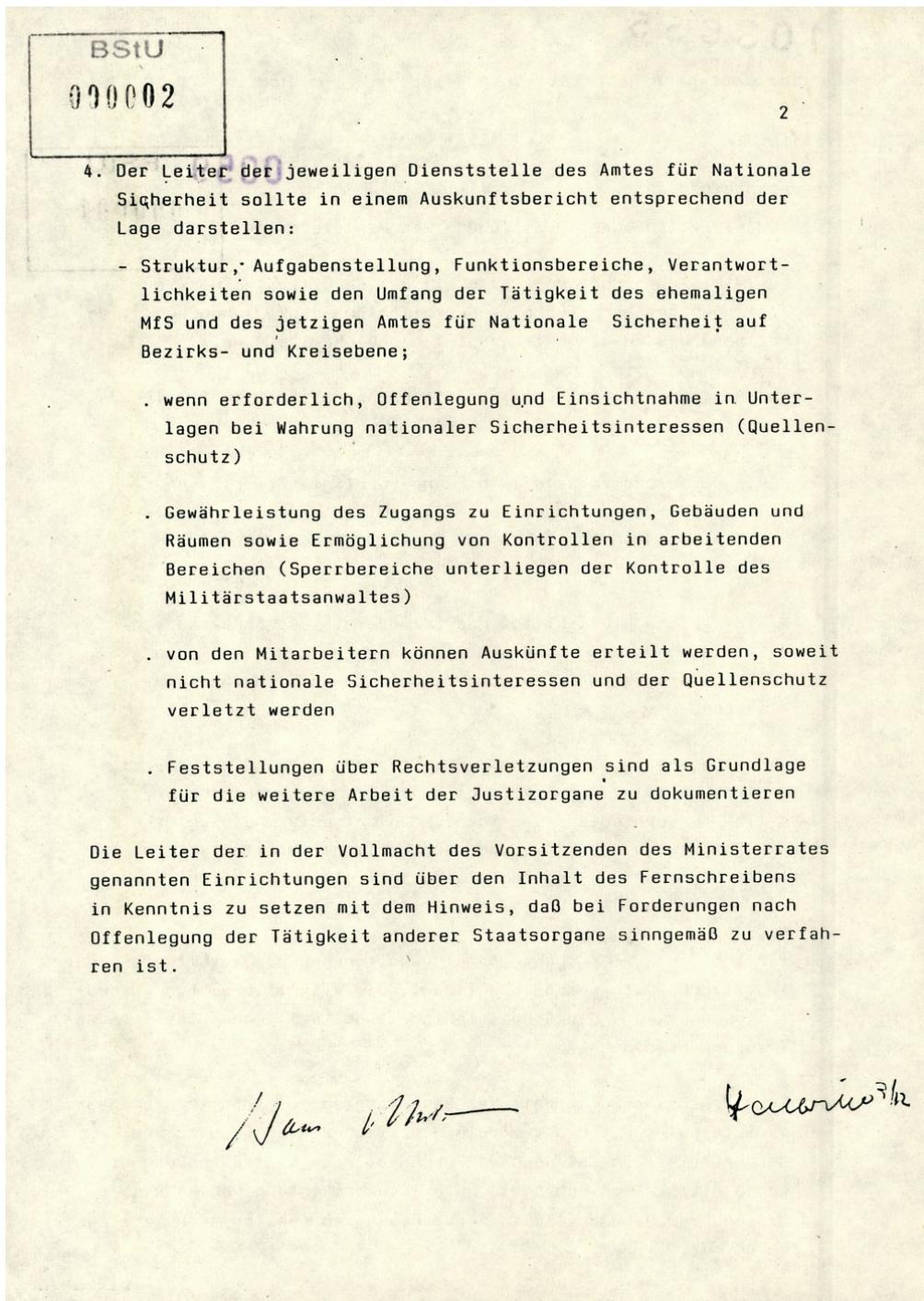
Diensteinheit: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik Datum: 7.12.1989
Überlieferungsform: Dokument

Schreiben von Modrow und Staatsekretär Halbritter an die Beauftragten des Ministerrates zur Vernichtung von Unterlagen



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8977, Bl. 1-2

Blatt 1

Schreiben von Modrow und Staatsekretär Halbritter an die Beauftragten des Ministerrates zur Vernichtung von Unterlagen

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8977, Bl. 1-2

Blatt 2